Königlich privilegirte Berlinische Zeitung

von Staats- und gelehrten Sachen.

№ 129. Morgen-Ausgabe. **Vossische Zeitung.** **1909. Donnerstag, den 18. März.**

Abonnements vierteljährlich (ohne Zustellungsgebühr) bei unserer Expedition für Berlin 6,50 Mk., bei den Postanstalten des Deutschen Reichs monatl. 2,50 Mk., vierteljährl. 7,50 Mk., für Oesterreich-Ungarn 12 Kr. 6 Hell. Für das übrige Ausland nehmen das Postamt in Köln und auch die Postanstalten einiger Länder Abonnements entgegen, sowie unsere Expedition zum Preise v. 18 Mk.

Fernsprech-Anschlüsse: Redaktion Amt I. 1543. Expedition Amt I. 7462. Druckerei Amt I. 7990. Ferndruck-Anschluß der Redaktion: No. 38.

Anzeigen werden nach Schriftarten laut Tarif berechnet. Die 5gespaltene Zeile in kleiner Schrift kostet für das Morgenblatt 50 Pf., für die Beilage „Für Reise und Wanderung“ 60 Pf., für das Abendblatt 70 Pf., für die amtlichen Bekanntmachungen der staatlichen und städtischen Behörden 40 Pf. Im 3gespaltenen „Reklameteil“ kostet die Zeile dieser Schriftart 1 Mk. 50 Pf., unter „Geschäftliche Mitteilungen“ 3 Mk.

Post-Zeitungs-Preisliste Seite 207.

Im Verlage Vossischer Erben. Redaktion und Expedition Breite Straße No. 8. u. 9., Berlin C. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils) Hermann Bachmann in Berlin.

Abonnement für das II. Vierteljahr 1909.

Das vierteljährliche Abonnement für die Morgen- und Abend-Ausgabe unserer Zeitung beträgt **wie bisher 6 Mark 50 Pf. für Berlin.**

Für diesen Preis kann die Zeitung in unserer Expedition in Empfang genommen werden.

Die Zusendung durch die Zeitungsspediteure ins Haus beträgt pro Exemplar einschließlich Botengeld 8 Mark.

Der Abonnementspreis bei den hiesigen Stadtpostämtern, sowie bei sämtlichen Postämtern des Deutschen Reichs beträgt 7 Mark 50 Pf., monatlich 2 Mark 50 Pf., für Österreich-Ungarn 12 Kronen 6 Heller.

Für die Zusendung ins Haus berechnen die deutschen Postämter 72 Pf. bezw. 24 Pf. pro Exemplar mehr.

Die Einziehung der Zeitungsgelder kann auch schriftlich bei den Postämtern beantragt werden, ohne daß für derartige Bestellschreiben eine Gebühr erhoben wird.

Abonnements für alle anderen ausländischen Staaten wolle man bei den dortigen Postanstalten und, wo dies nicht zulässig, bei dem kaiserlichen Postamt in Köln bestellen. Auch nimmt die Expedition dieser Zeitung ein 3monatliches Abonnement einschließlich freier Zusendung unter Streifband zum Preise von 18 Mark entgegen.

Reise-Abonnements pro Woche 1 Mark 50 Pf.

Amtliche Nachrichten.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Bürgermeister a. D. Edmund Ploetz zu Neppen im Kreise Weststernberg den Roten Adlerorden vierter Klasse, dem Hauptlehrer und Organisten Alois Reuber zu Volkmannsdorf im Kreise Neisse den Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern, dem städtischen Straßenreiniger Ernst Tauch zu Halle a. S., dem Bremser Joseph Ziegler zu Diedenhofen, dem Rohrschmiedemeister Hubert Sondermann zu Schwerte im Kreise Hörde, den Fabrikmeistern Arnold Lambertz und Theodor Derichs zu Grevenbroich, dem Werkführer Hermann Mittag zu Aachen, dem Schmied Wilhelm Nagel zu Groß-Salze im Kreise Kalbe und dem Chausseevorarbeiter August Bolz zu Heiligenwalde im Kreise Pr.-Holland das Allgemeine Ehrenzeichen sowie dem Oberstleutnant a. D. Hermann Raudohr zu Stargard i. Pomm. und dem Stadtbaurat Georg Sonnabend ebendaselbst die Rote Kreuzmedaille dritter Klasse zu verleihen.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem früheren Beigeordneten der Stadt Köln, Bürgermeister Dr. jur. Joseph Rosenthal in Berlin den Charakter als Geheimer Regierungsrat zu verleihen.

Seine Majestät der Kaiser haben im Namen des Reichs den Kaiserlichen Konsul Franken in Montreal zum Generalkonsul in New-York zu ernennen geruht.

Seine Majestät der Kaiser haben Allergnädigst geruht: dem außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Kaiser Wilhelms-Universität Straßburg Dr. Kohts den Charakter als Kaiserlicher Geheimer Medizinalrat und dem bisherigen Registrator und Kalkulator im Bureau des Reichstags, Rechnungsrat Preuß den Charakter als Geheimer Rechnungsrat zu verleihen.

Bei dem Berggewerbegericht in Aachen ist der Bergrat Eimer in Krefeld zum Stellvertreter des Vorsitzenden unter gleichzeitiger Betrauung mit dem Vorsitz der Kammer Krefeld des Gerichts ernannt worden.

Ungarisches Parteileben.

Von Dr. Heinrich Friedjung (Wien).

Seitdem Österreich-Ungarn in der Balkanpolitik kräftig einherschreitet und kein Zweifel mehr besteht, daß es trotz des vielmonatigen Widerstandes Englands und Rußlands die allseitige unbedingte Anerkennung der Annexion durchsetzen wird, schmilzt die Bedeutung der widerwärtigen inneren Streitfragen sichtbar zusammen. Man sagt sich, daß, wenn die Kabinette von Petersburg und London nicht imstande waren, Österreich-Ungarn wie einen Schuldigen vor die Konferenz zu laden, sondern jetzt eher bemüht sind, Serbien zur Unterwerfung unter die unwiderrufliche Tatsache der Einverleibung Bosniens zu veranlassen, auch die nie aufhörenden Reibungen im österreichischen Parlament oder die Bocksprünge der Unabhängigkeitspartei in Ungarn die Machtstellung der Monarchie nicht erschüttern werden. Serbien und Montenegro hätten es nie gewagt, Österreich-Ungarn trotzig herauszufordern, wenn sie nicht angenommen hätten, der Nachbarstaat sei innerlich geschwächt und zu einer großen Aktion unfähig. Dieser Irrtum ward ihnen durch die furchtlose Führung der äußeren Geschäfte durch Freiherrn v. Aehrenthal benommen, und es zeigt sich von Tag zu Tag mehr, daß auch die Angriffe gegen die dualistische Reichsverfassung in Ungarn vergeblich sind und lediglich den Zweck verfolgen, neuen politischen Männern Gelegenheit zu geben, sich durch ultranationale Reden und Gebärden hervorzutun, worauf sie sich allgemach durch Ministerportefeuilles und andere schöne Angebinde mit den bestehenden Zuständen versöhnen lassen. So ist es mit Kossuth und Apponyi gegangen, und auch die ihnen nachdrängenden Herren Justh, Graf Batthyany und Hollo werden den Weg ihrer Vorgänger zurücklegen. Mit viel Geduld und mit etwas Humor ist bisher die Zähmung all der Tiger der äußersten Linken in Ungarn gelungen.

Die Reichs- und Rechtsordnung in Österreich-Ungarn beruht darauf, daß die auswärtigen Angelegenheiten, die Armee, die Einheit des Zoll- und Wirtschaftsgebietes und endlich die Einheitlichkeit der Zettelbank die Klammer für das Doppelgefüge bilden. Die Unabhängigkeitspartei oder Kossuthpartei unternahm durch Jahrzehnte einen Sturmlauf gegen die Einheit der Armee sowie gegen die Zoll- und die Bankgemeinsamkeit. Nun ist, seitdem die Führer der Partei Franz Kossuth und Graf Apponyi in das Kabinett aufgenommen wurden, ihr Eifer für das alte Programm der Partei recht matt geworden. Sie haben eingewilligt, die Zolleinigung mit Österreich bis 1917 zu verlängern, und auch in der Armeefrage sind die Forderungen der Partei stark zusammengeschrumpft. Es wird — daran zweifelt kein Verständiger — von der im Jahre 1867 geschaffenen staatsrechtlichen Ordnung der Monarchie bis 1917 kein Stein herausgebrochen werden. Nur über einen Gegenstand ist man noch nicht zur Verständigung gelangt, über die Organisation des Bankwesens. Man wird zugeben, daß das, was man die ungarische Frage nennt, dadurch ziemlich an der früheren Gefahr und auch an Interesse verloren hat. Denn wenn auch die Wiener Blätter täglich spaltenlang die weisen Aussprüche aller guten und schlechten Politiker Ungarns über die Notwendigkeit der gemeinsamen Bank oder die Vorteile einer gesonderten ungarischen Bank wiedergeben, so ist das eitle Spiegelfechterei, und es ist ganz bestimmt, daß es vor 1917 nicht zur Bankentrennung kommt. Auch Kossuth und Apponyi sind dafür gewonnen und mit ihren gemäßigten Kollegen, besonders mit Wekerle und Andrassy, im wesentlichen einer Meinung. Die Männer des Koalitionsministeriums verfolgten deshalb den Plan, eine Fusion der koalierten Parteien herbeizuführen, eine starke Mehrheit zu schaffen und dem Lande dadurch wenigstens für einige Jahre den Frieden zu geben. Diese Fusion der Siebenundsechziger-Verfassungspartei und der die Grundsätze von 1848 proklamierenden Unabhängigkeitspartei war so gedacht, daß man irgendeine der in Ungarn beliebten verschwommenen Formeln zum gemeinsamen Programm erheben wollte, worauf es möglich gewesen wäre, die neue Wahlordnung durchzubringen, sowie alle Armeefragen zu lösen, wobei die Krone zu gewissen, nicht sehr wesentlichen Zugeständnissen bereit war, und endlich die Gemeinsamkeit der Bank, wenn auch mit einigen ungarisch-nationalen Verbrämungen, bis 1917 zu erhalten. Das alles wäre glücklich gelungen und eine imposante Mehrheit hätte sich gebildet, von der sich bloß der unbelehrbare Teil der Achtundvierziger und auch einige Streber losgesagt hätten, die man bei der Fusion nicht mit Ministerposten und anderen Stellen hätte befriedigen können. Die Angelegenheit war im besten Gange, als sich mit einem Male ein perfider Hindernis einstellte.

Bei Bildung des Koalitionsministeriums im April 1906 war einer der Führer der Unabhängigkeitspartei, Polonyi, als Justizminister ins Kabinett getreten, mußte aber wegen seiner Beteiligung an den schmutzigsten Geschäften und wegen schamloser Bereicherung auf Kosten des Staates aus dem Ministerium ausgeschifft werden. Ungern ließ Kossuth seinen Freund ziehen, wohl wissend, welche Schwierigkeiten dieser rücksichtslose und mit allen Salben geriebene Geschäftspolitiker ihm bereiten könne. Polonyi hielt sich still, bis das Fusionsprojekt auftauchte. Jetzt war der Tag der Rache für ihn gekommen. Er warf sich seinen ehemaligen Freunden, von denen er sich verlassen und verraten glaubte, kräftig entgegen, um ihnen zu beweisen, daß sie ohne ihn zu einer großen Unternehmung unfähig seien. Nun würde er allein die Fusion nicht verhindert haben, aber seine unermüdliche Agitation vor und hinter den Kulissen führte auch die Umstimmung einiger anderer Führer der Unabhängigkeitspartei herbei. Der Hervorragendste unter diesen Unzufriedenen ist Justh, der Präsident des Abgeordnetenhauses. Ihm gesellten sich Graf Batthyany und Hollo zu, Politiker von brennendem Ehrgeiz, die ein Tritt brett zur Macht suchen. Plötzlich sah sich Kossuth innerhalb seiner Partei einer starken Gruppe, vielleicht der Mehrheit, gegenüber, die die Fusion hintertreiben wollte unter dem Vorgeben, daß die heiligen und ehrwürdigen Grundsätze der Kossuthpartei verletzt seien, wenn nicht sofort die selbstständige ungarische Bank errichtet würde. Der Angriff war geschickt und kräftig geführt und durchkreuzte die Pläne des Koalitionsministeriums. Man muß sich sagen, daß, wenn man nicht einige der von überströmender Liebe für die Kossuthschen Grundsätze erfüllten Gegner durch Ministerportefeuilles zum Nachgeben bestimmt, der Plan scheitern muß. Versucht Kossuth mit seinen zuverlässigen Getreuen jetzt die Fusion, so bleibt ein so großer Teil seiner Partei außerhalb der neuen Regierungsmehrheit, daß diese nicht arbeitsfähig ist. Alles war darauf berechnet, mindestens zwei Drittel der Unabhängigkeitspartei mit der Verfassungspartei zu vereinigen; da sich das als unmöglich erweist, so ist das Koalitionsministerium bedroht, und man erwartet deshalb auch von Woche zu Woche seinen Rücktritt.

Diese Vorgänge sind nicht sehr tragisch zu nehmen und es ist bisher noch kein Fall in der Weltgeschichte vorgekommen, daß ein großes Reich durch die Frage der Organisation der Zettelbank in Not und Verwirrung geraten wäre. Läßt man alle schmückenden Programmpunkte beiseite, so sieht man vor einer Personenfrage, die entweder dadurch gelöst werden wird, daß die Fusion doch gegen die Opposition zustande kommt oder daß man die Opposition selbst in die Regierungsbank setzt und dadurch ihren elementaren Eifer für den Umsturz des Dualismus bändigt. Die Sache ist nicht so wichtig, daß man nicht zwei Wochen oder auch zwei Monate warten könnte, bis die Entscheidung eintritt. Natürlich besitzen die Beteiligten ein brennendes Interesse an der Lösung und ebenso die paar tausend Geschäftspolitiker in Ungarn sowie die hinter ihnen stehenden Zeitungen, die mit den Subventionen aus dem Dispositionsfonds und den Inseratenpauschalien der Staatsbahnen und ähnlichen Geldquellen rechnen. In der Sache wird nichts geändert, ob sich nun Kossuth mit Wekerle und Andrassy auch weiterhin auseinandersetzt oder ob er schließlich doch lieber mit Justh und Polonyi eine Regierung bildet. Reinlich ist die letztere Aussicht nicht, und wahrscheinlich würde Polonyi als bloßer Berater und Vertrauensmann der Minister und nicht als ihr Kollege seine früheren Geschäfte fortführen. Für die Erledigung jedoch der Staatsangelegenheiten, für das Verhältnis zu den europäischen Mächten und überhaupt für eine größere Auffassung der Dinge ist es gleichgültig, wer in Ungarn jetzt an die Krippe kommt. Das Ausland jedoch tut gut daran, diesen Dingen möglichst geringe Bedeutung beizumessen. Der große Irrtum der englischen und russischen sowie der serbischen und montenegrinischen Politiker bestand darin, daß sie geglaubt haben, es gehe der österreichisch-ungarischen Monarchie an Leib und Leben, wenn einige Schreier in den Straßen von Prag oder wenn einige hungrige Politiker auf der äußersten Linken des ungarischen Parlaments den Unkenruf von dem nahenden Zerfall des Habsburgerreiches erschallen lassen.

Die Orientkrisis.

Oesterreich und Serbien.

Wien, 17. März. (Eig. Drahtber.) Der angekündigte neue Schritt der Berliner Signatarmächte in Belgrad wird nicht erfolgen, da Rußland es abgelehnt hat, sich daran zu beteiligen. Angesichts der großen Opfer, die die militärischen Sicherheitsmaßregeln kosten und angesichts der fortdauernden herausfordernden und der rüden Sprache, deren sich die gesamte Presse Serbiens und dessen Politiker in verantwortlichen Stellungen bedienen, scheint in den maßgebenden Kreisen Österreich-Ungarns die frühere Geneigtheit nicht mehr zu bestehen, Serbien gewisse wirtschaftliche Vorteile zu bieten. Die bisherige Absicht, die ökonomische Entwicklung Serbiens durch „Avantages économiques“ zu fördern, ist durch die brüske Ignorierung dieser Anerbietens in den beiden letzten Noten der serbischen Regierung an die Mächte und an Österreich-Ungarn gegenstandslos geworden. Serbien hat ausdrücklich darin betont, daß es von Österreich-Ungarn keinerlei wirtschaftliche Zugeständnisse verlange; Österreich-Ungarn nimmt das zur Kenntnis. Gleichzeitig betont es, an einer internationalen Konferenz nur dann teilzunehmen, wenn die serbische Frage von vornherein von den Verhandlungen ausgeschaltet ist.

Budapest, 17. März. (Eig. Drahtber.) Der Petersburger Mitarbeiter des „Pest. Lloyd“ erfährt aus verläßlicher Quelle, Iswolsky habe anläßlich seines Besuches bei dem Botschafter Grafen Berchtold erklärt, das offizielle Rußland werde keine Schritte unternehmen, die Serbien zu der Hoffnung auf eine aktive Hilfe durch Rußland berechtigen könnten.

Paris, 17. März. (Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.) Die russische Regierung hat auf dringende Anfrage des französischen Kabinetts die Verständigung hierher gelangen lassen, daß Rußland in einem österreichisch-serbischen Kriege neutral zu bleiben gedenke. Trotz dieser Erklärung ist man an hiesiger maßgebender Stelle angesichts der geringen Festigkeit, die Iswolsky bisher bekundete, nicht ohne Besorgnis wegen der zukünftigen Gestaltung der internationalen Lage.

Wien, 17. März. In einer Obmänner-Konferenz im Abgeordnetenhause erklärte heute Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth auf eine Anfrage, es handle sich jetzt darum, daß die serbische Antwort von österreichisch-ungarischer Seite wieder beantwortet werde. Dann erst werde sich die Weiterentwicklung der Dinge ergeben. Er werde jede Gelegenheit benutzen, das Haus über den Stand der Dinge zu unterrichten. Die Lage sei zweifellos ernst, wenn man auch hoffen könne, daß schließlich die Lösung eine friedliche sein werde.

Im Abgeordnetenhause erklärte bei der heutigen Fortsetzung der Verhandlungen über die Rekrutenvorlage der Jungtscheche Dr. Kramarz: Die Schärfe der auswärtigen Lage liegt offensichtlich darin, daß man in uns nicht Österreich, sondern Deutschland treffen will. (??) Wäre in Österreich nicht Jahrhunderte lang eine germanisierende, das Recht der Slaven zurückdrängende Politik gemacht worden (siehe Prag!!), so wäre niemand auf der Welt, namentlich in Rußland, dagegen gewesen, wenn wir die Okkupation in eine Annexion verwandelt hätten. Wäre Österreich dem Ideal der österreichischen Politik gefolgt, daß alle Völker in diesem Staate ihre Zukunft finden sollen, so wäre ein serbischer Konflikt überhaupt niemals eingetreten. Serbien hätte sich geradezu an die Monarchie angeklammert. (Beifall bei den Jungtschechen.) Die Slaven Österreichs wollen nur, daß jeder Schein vermieden werde, als ob nicht alles geschehe, um den Frieden zu erhalten. Nie war das österreichische Regierungssystem verderblicher als jetzt, wo man im Augenblick der äußern Gefahr, im Augenblick, wo es sich um die südslavische Frage handelt, die Tschechen und Südslaven durch die Zusammensetzung des Kabinetts und durch Maßnahmen, die ihre Rechte beeinträchtigen, verletze und eine ausgesprochen deutsch-nationale Politik (?) treibe.

Abg. Graf Dzieduszycki hält die gegenwärtige Lage für äußerst ernst, hofft jedoch, daß der Friede noch erhalten werde. Es sei zu erwarten, daß die gemeinsame Regierung nichts versäumen und alles tun werde, was Frieden dauernd sichern kann, soweit es sich mit den Lebensinteressen des Reiches, mit den wirtschaftlichen und den anderen Bedürfnissen der Bevölkerung dieser Monarchie vereinbaren läßt. Redner verweist darauf, daß alle Parteien, nicht bloß die slavischen, sondern auch die